

Ein sehr lesenswertes Büchlein zur Aktualität der faschistischen Gefahr.

Besprechung von:

Dietrich, Christian; Schüßler, Michael (Hg.): Jenseits der Epoche. Zur Aktualität faschistischer Bewegungen in Europa. Münster 2011, Unrast Verlag

Der kleine Band verdankt sich, so die Herausgeber, der "bemerkenswerten Lücke zwischen Wissenschaft und Neugier". Während viele Studierende sich für Faschismustheorie interessieren, bieten die Universitäten nur wenig in dieser Richtung an. Weite Teile des Wissenschaftsbetriebes möchten vom Faschismus vielleicht deshalb nicht reden, weil sie vom Kapitalismus schweigen wollen, wie frei nach Max Horkheimer zu vermuten wäre.

Das viel zu dünne Büchlein ist nach drei Themen geteilt: "Theoretische Umriss", "politische Entwicklungen" und "transnationale Kooperationen". Zu jedem dieser Themen könnte und müsste es dicke Sammelbände geben. Die Hauptschwäche von "Jenseits der Epoche" ist die Kürze, in der die gestellten Fragen jeweils nur angerissen werden können. Es bleibt zu hoffen, dass zukünftig weitere Analysen der aktuellen Gefahr von Rechts erscheinen - und das nicht nur in kleinen linken Verlagen, sondern mit breiter Wirksamkeit.

"Theoretische Umriss"

Den Anfang macht der Beitrag "*Was ist Faschismus?*" von *Wolfgang Wippermann*, der seit Jahrzehnten zur Faschismustheorie arbeitet. Ihm zufolge ist der Name "*fascismo*" (Bündlertum, Bundismus) im Gegensatz zu Bezeichnungen wie Liberalismus, Konservatismus und Sozialismus inhaltsleer. Das stimmt nicht. Der Name des Faschismus verweist auf den kriegerischen Männerbund, der einen grundlegenden Bestandteil faschistischer Ideologie und Praxis darstellt. Die Begriffe "Freiheitlichkeit", "Bewahrung" und "Gemeinschaft", die in den anderen drei großen "Ismen" stecken, sind auch nicht selbsterklärend und können fast beliebig gefüllt werden. Gerade bei den Ideologien und Gruppierungen, die sich "sozialistisch" nannten, wird dies klar. Hier reicht der Bogen von autoritären und nationalistischen Formationen bis zu libertären und pazifistischen Gruppen.

Wippermann weist die bei Linken gängigen Globaltheorien - Faschismus als Diktatur im Interesse des Kapitals oder einiger seiner Fraktionen, als Kleinbürgerbewegung, als Ausdruck massenhaft vorhandener psychischer Probleme - sämtlich zurück. Alle diese Ansätze könnten die tatsächlichen Aktionen faschistischer Bewegungen und Regime nicht befriedigend erklären: Die "[...] sozialen Interessen und psychologischen Merkmale ihrer Mitglieder" hätten sich "kaum auf die Politik der faschistischen Parteien und so gut wie gar nicht auf die der faschistischen Staaten ausgewirkt [...]". Zumindest wenn sich dieser Satz auch auf das faschistische Führungspersonal beziehen sollte, wäre er offenkundig falsch. Ist der Punkt nicht eher, dass sich die faschistische Politik nicht direkt aus den Interessen und Neigungen der Faschisten ergibt, weil sie einer Ideologie folgt, die sich wie jede Ideologie nicht unvermittelt aus Interessen und psychischen Merkmalen ableiten lässt, sondern auf einer bestimmten Wahrnehmung und Ausdeutung gesellschaftlicher Probleme beruht?

Trotzdem trifft Wippermanns Kritik im Endergebnis zu. Die traditionellen Globaltheorien des Faschismus können höchstens einzelne Phasen und Aspekte der Faschismen erklären, ihn jedoch nicht in seiner Gesamtheit entschlüsseln. Berechtigt ist auch Wippermanns Kritik am Gebrauch des Faschismusbegriffs als polemischem Kampfmittel. Kurz werden die verhängnisvollen Begriffspolitiken der alten und neuen Linken gekennzeichnet - die Diffamierung der Sozialdemokratie als "sozialfaschistisch" und der bürgerlichen Demokratien als "faschistoid".

Zwei Argumente gegen einen generischen (allgemeinen) Faschismusbegriff will Wippermann zu Recht nicht gelten lassen. Dass es große Unterschiede zwischen einzelnen Faschismen gab und gibt, sei keine Besonderheit des Faschismus. Ähnliches ließe sich auch bei anderen politische Oberbegriffen wie Absolutismus oder Liberalismus feststellen. Die singulären Verbrechen des deutschen Nazifaschismus seien ebenfalls kein Grund, auf einen generischen Faschismusbegriff zu verzichten. Auch andere Faschismen hätten sich ungeheurer ideologisch motivierter Verbrechen schuldig gemacht.

Vom Ausmaß oder von der Art der Verbrechen einer Bewegung oder eines Regimes kann nach Meinung des Rezensenten allerdings sowieso nicht zwingend auf einen faschistischen Charakter geschlossen werden. Sicher treibt die faschistische Ideologie mit innerer Konsequenz zu mörderischer Gewalt, aber viele Faschismen bekommen gar keine machtpolitische Gelegenheit zum Massenmord, während Gräueltaten mit unzähligen Todesopfern auch von zahlreichen nicht-faschistischen Akteuren begangen werden. Warlords in Sierra Leone und Uganda (Afrika) oder die sich selbst als kommunistisch verstehende Herrschaft der Roten Khmer in Kambodscha 1975-1978 wären einige von vielen möglichen Beispielen.

Während in Deutschland die faschismustheoretische Debatte abgewürgt oder an den Rand gedrängt wurde, gab es im angelsächsischen Wissenschaftsraum bedeutende Entwicklungen. Wippermann nennt Stanley Payne, Robert Eatwell, Zeev Sternhell, Roger Griffin und Robert Paxton. Er fasst deren Ansätze als "idealtypische Faschismustheorien" zusammen: Eine Gruppe von Merkmalen der Ideologie und Praxis (wie zum Beispiel bei Payne), ein ideologisch-mythischer Kern (wie bei Griffin) oder auch ein bestimmter Typ des politischen Verhaltens (Paxton) wird als "faschistisches Minimum" angesehen - also als das, was Faschismus ausmacht und von anderen Erscheinungen unterscheidet. Wippermann schlägt demgegenüber einen am Italofaschismus orientierten "Realtypus" vor:

"Faschistische Parteien waren hierarchisch nach dem Führerprinzip gegliedert, verfügten über uniformierte und bewaffnete Abteilungen und wandten einen damals neuartigen und spezifischen politischen Stil an, wobei man auf Massenaufmärschen und Kundgebungen den jugendlichen und zugleich männlichen Charakter betonte und ihn mit pseudoreligiösen und gewaltbetonten Riten und Ritualen feierte. Im Mittelpunkt stand jedoch das Bekenntnis zur und die Ausübung von schrankenloser Gewalt gegen verschiedene und durchaus austauschbare ‚Feinde‘. In der Regel waren dies Kommunisten und Sozialisten sowie Juden und andere rassistisch stigmatisierte Minderheiten.

Diese Gewaltausübung wurde mit dem Hinweis auf eine Ideologie begründet, die mehr war als bloß verschleierte Propaganda, sondern einen programmatischen Charakter hatte. Die faschistische Ideologie setzte sich aus einem rassistischen Kern zusammen, um den sich weitere antisemitische, antimarxistische, antidemokratische, antifeministische und vor allem nationalistische Elemente gruppierten.

Zur Macht gelangten diese Parteien in der Situation eines politischen und sozialen Gleichgewichts durch einen Putsch oder ein Bündnis mit den konservativen Kräften, in dem sich die Faschisten aber gegenüber ihren konservativen Partnern durchsetzten und, gestützt auf ihre Parteiarmerie und im Besitz der Exekutive, einen weitgehend totalen Staat errichten konnten."

Wippermann gesteht zu, dass auch dies ein Idealtyp ist, der stark vom italienischen Faschismus abhängt und nicht auf alle Entwicklungsphasen aller Faschismen passt. Religiös begründete, "von oben" gebildete oder nach 1945 entstandene Faschismen würden davon kaum erfasst. Auf Grund der vorhandenen Wesensähnlichkeiten möchte Wippermann den Faschismus aber trotzdem als allgemeine Erscheinung verstanden wissen, die weder auf einen Kontinent noch einen bestimmten Zeitabschnitt beschränkt ist.

So schlägt er eine neue "Dreiecksdefinition" vor, nach der Faschismus in einer "klassischen", einer "bonapartistischen" und einer "fundamentalistischen" Variante existiert. Die klassische

Variante entspricht offenbar dem oben zitierten "Realtypus". Die bonapartistische Variante meint den bereits erwähnten "Faschismus von oben": Auf Polizei und Armee gestützte Regime, die in der Situation eines Gleichgewichts zwischen rechten und linken Kräften bzw. den Klassen ihre Herrschaft errichten und sich dann mit faschistischen Parteien verbünden oder aber eine Staatspartei aufziehen, welche die Bevölkerung mobilisiert und kontrolliert. Wippermann nennt Beispiele aus der Zwischenkriegszeit 1918-1939 (Franco-Spanien, Pilsudski-Polen, Horthy-Ungarn) und der Nachkriegszeit (die argentinische Militärdiktatur, die Baath-Regime in Syrien und Irak). Fundamentalistisch schließlich wären religiös begründete Faschismen wie das Regime der slowakischen Nazi-Kollaborateure um Tiso. Aber Wippermann nennt auch evangelikale Rechte aus den USA, die iranische islamistische Diktatur sowie die Muslimbruderschaft und ihre Abkömmlinge wie die palästinensische Hamas.

Hier ein Einwand gegen diese Typologie: Besonders in der "bonapartistischen" Abteilung findet eine problematische Vermengung von faschistischen und konservativ-autoritären Formationen statt. Das Besondere am Faschismus ist doch, dass er als revolutionäre, rebellische, antikapitalistisch gefärbte Bewegung auftritt. Genau dieses Moment haben Zeev Sternhell und Roger Griffin herausgearbeitet. Dahinter sollte die faschismustheoretische Debatte nicht zurückgehen. Bei vielen konservativ-autoritären Regimen fehlt dieser typisch faschistische Zug der Revolte oder ist wenig ausgeprägt. Zugegeben, die Bilder sind immer unscharf: Rechte Bewegungen und Regime können sich im Laufe der Zeit radikalieren und entradikalisieren; ihre Anhänger/innenschaft kann Gruppen unterschiedlicher ideologischer Prägung umfassen. Das Problem an Wippermanns Faschismusdefinition sind wohl die zentralen Schwächen des Bonapartismus-Konzepts selbst. Es wurde aus einer rund 160 Jahre alten Analyse von Marx entwickelt und auf die Faschismen übertragen. Wenn überhaupt, dann passt es wohl eher auf nicht-faschistische Regime.¹

Der Text "*Avantgarde und Faschismus*" von *Thomas Hecken* widmet sich einer widerspruchsvollen Beziehung. Was sind die Anknüpfungspunkte zwischen ultramodern sein wollenden Künstlerpersönlichkeiten und der faschistischen Ideologie? Hecken bezieht sich vor allem auf den heftigen Flirt einiger italienischer Futuristen wie Filippo Marinetti mit dem Mussolini-Faschismus.

Zunächst besteht wohl eine emotionale Anziehung. Faschismen treten oft als revolutionäre Neuerung auf. Sie sind meist stark gefühlsbetont und appellieren an geheimnisvolle Urgründe. Das mag Künstler/innen anziehen, die nach einer höchstmöglichen Intensität von Erleben und Ausdruck streben. Während sich viele konventionelle Menschen vom extremen und gewalttätigen Auftreten der Faschismen abgestoßen fühlen, kann das für Außenseiter gerade reizvoll sein. Avantgardistische Kunst bemüht sich auch heute noch, die althergebrachten Formen und Erwartungen auf provokatorische Weise zu zertrümmern. Hier trifft sich vielleicht das destruktive und bestialische Flair des Faschismus mit der Mentalität mancher Künstler/innen.

Viele moderne Künstler/innen wollen die traditionelle Trennung zwischen der Kunst und den anderen Bereichen der Gesellschaft überwinden. Dieses Streben findet seinen Ausdruck in der künstlerischen Verwendung und Gestaltung von Elementen des Alltags oder im Versuch der Verwandlung des ganzen Lebens in ein Kunstwerk. Der faschistische Totalitarismus, also der Anspruch, sämtliche Lebens- und Gesellschaftsbereiche umzuformen und einzuspannen, mochte einigen Futuristen als Chance zur Verwirklichung ihrer Träume erscheinen. (Daraus wurde nichts, weil es den Faschisten immer in erster Linie um nationale Machtpolitik ging.)

Für die mit dem Faschismus liebäugelnden Futuristen im Italien jener Zeit war die Technikbegeisterung typisch. Faschistoid war ihre Vision der totalen Technisierung, der allumfassenden Machbarkeit, der sie anhingen. Ähnliche Visionen gab es auch bei neonationalistischen deutschen Intellektuellen der damaligen Zeit wie Ernst Jünger.

¹ Siehe meinen Beitrag: „Leistungen und Fehlleistungen marxistischer Faschismustheorien“, Seite 5-7 (http://faschismustheorie.de/wp-content/uploads/2011/08/marxistische_faschismustheorien.pdf - 20.01.2012).

Der wichtigste Schnittpunkt zwischen Futuristen und Faschisten war die antibürgerliche, in gewissem Sinne antikapitalistische Haltung. Beide, Faschisten und Futuristen, rebellierten gegen die Unterordnung von allem und jedem unter das Nützlichkeits- und Profitprinzip. Sie konnten sich in einem militaristischen, nationalistischen Ideal wohl treffen:

"1. Wir wollen die Liebe zur Gefahr singen, die gewohnheitsmäßige Energie und die Tollkühnheit. 2. Die Hauptelemente unserer Poesie werden der Mut, die Kühnheit und die Empörung sein. 3. [...] wollen wir die aggressive Bewegung, die fiebrige Schlaflosigkeit, den gymnastischen Schritt, den gefährvollen Sprung, die Ohrfeige und den Faustschlag preisen. [...] 9. Wir wollen den Krieg preisen, - diese einzige Hygiene der Welt – den Militarismus, den Patriotismus, die zerstörende Geste der Anarchisten, die schönen Gedanken, die töten [...]" (Aus dem futuristischen Manifest Filippo Marinettis von 1909.)²

Thomas Hecken macht zu Recht darauf aufmerksam, dass eine antibürgerliche Haltung allein noch keine Menschlichkeit verbürgt. Leider spricht er nicht das Machotum an, das eine weitere Gemeinsamkeit von Faschisten und Avantgardisten darstellte. Marinetti pries in seinem Manifest auch "die Verachtung des Weibes" und wollte neben Museen und Bibliotheken gleichermaßen "den Feminismus und alle opportunistischen und Nützlichkeits bezweckenden Feigheiten" bekämpfen und zerstören (ebd.).

Heckens Endergebnis: Der Flirt zwischen Avantgarde und Faschismus blieb ohne weiterreichende Folgen. Letztlich passten traditionelle Kunstkonzepte besser zum machtpolitischen Bedürfnis der Faschisten, ihre Bevölkerungen zusammenzuschweißen, und wohl auch zu ihrem ideologischen Streben, sich in jahrtausendealter nationaler, rassistischer und imperialer Kontinuität zu präsentieren. Im Unterschied zum Italofaschismus lehnte der Nazifaschismus alles Avantgardistische in der Kunst heftig und demonstrativ ab. Bis heute scheinen italienische Faschisten kulturell offener und kreativer zu sein als deutsche.

Was lehren uns die Reflexionen von Thomas Hecken über den aktuellen Faschismus? Auf dem Feld der Musik und der Jugendkultur gibt es ein sehr intensives Verhältnis zwischen Avantgarde und Faschismus, wie zahlreiche Grenzgänge im Bereich von Punk, Industrial, Darkwave und Hardcore zeigen. Nach wie vor tragen faschistisch inspirierte Avantgardisten oder avantgardistisch inspirierte Faschisten dazu bei, dem Faschismus kulturelle Anpassungs- und Wandlungsfähigkeit zu verleihen und somit seine Anziehungskraft zu erhalten.

"Politische Entwicklungen"

Carsta Langner fragt sich: Ist "*Ungarn auf dem Weg zum Faschismus?*" Sie zeichnet die Furcht erregende Entwicklung der letzten Jahre nach: Große Wahlerfolge rechter und faschistischer Parteien wie "Fidesz" und "Jobbik", offener, mehrheitsfähiger Hass auf Zigeuner und Juden, weitgehend geduldete faschistische Milizen wie die "Ungarische Garde", Zündeleyen der Regierung mit Fragen der ungarischen Minderheiten in den Nachbarländern (Slowakei, Rumänien, Serbien), Abbau demokratischer Standards durch die mit Zwei-Drittel-Mehrheit regierende Fidesz-Partei...

Auf Grund der Übermacht von Fidesz, die bislang weiter auf die Einbindung Ungarns in die Europäische Union setzt, hält die Autorin eine faschistische Machtübernahme kurzfristig für unwahrscheinlich. Mittel- bis langfristig jedoch sieht sie schwarz: Während jede wirkliche Gegenmacht zum ultranationalistischen Mainstream fehlt, steht Ungarn eine große wirtschaftliche und finanzielle Krise bevor. Die unumgänglichen sozialen Einschnitte und Verwerfun-

² Zitiert nach Sternhell, Zeev: Die faschistische Ideologie. Eine Einführung. Berlin 2002, Seite 53.

gen werden vermutlich eine weitere Verstärkung des Nationalismus und der antisemitischen, rassistischen Hetze gegen "kriminelle Zigeuner" sowie "jüdische Intellektuelle und Finanzkapitalisten" bringen.

Über die Ursachen dieser Entwicklung sagt der Text leider nicht sehr viel. Langner deutet an, dass eine Mehrheit der ungarischen Bevölkerung sowohl vor 1989, im Staatssozialismus, als auch danach politisch passiv blieb. Postsozialistische Führungsgruppen steuerten den Wandlungsprozess nach 89 und profitierten vielfach von ihm. Es kam zu keiner politischen Massendemobilisierung. Fehlende demokratische Teilhabe und die Diskreditierung der Linken durch die autoritäre staatssozialistische Herrschaft führten dazu, dass der Nationalismus die einzige zugkräftige politische Größe blieb und sich die Rechte als einzige unverbrauchte Kraft und Interessenvertreterin der Bevölkerungsmehrheit inszenieren konnte.

Natürlich darf auch der Verweis auf das Ergebnis des I. Weltkriegs nicht fehlen. Ungarn - bis dahin ein großes Reich im Rahmen der Habsburgermonarchie – verlor über die Hälfte seines Territoriums. Für den ungarischen Nationalismus und Faschismus spielt das bis heute eine ebenso große Rolle wie der Versailler Vertrag für die deutschen Nationalisten in der Weimarer Republik (1919-1933).

Die von Carsta Langner angedeuteten Zusammenhänge werden wahrscheinlich nur durch einen tieferen Blick in die Geschichte verständlich. Im Mittelalter war Ungarn ein feudales Großreich. Es folgten Jahrhunderte, in denen Ungarn zum Randgebiet des habsburgischen bzw. des osmanischen Imperiums gehörte. Damals entstanden die nationalistischen Geschichtserzählungen, vorgetragen von gebildeten Adligen, Geistlichen und der entstehenden bürgerlichen Intellektuellenschicht. Die ziemlich triste Realität dieser Zeit wurde durch Beschwörungen der glorreichen Vergangenheit wettgemacht. Ähnliches vollzog sich übrigens auch bei anderen süd- und osteuropäischen Nationalismen. Aus dieser Zeit rühren das Festklammern an mittelalterlichen Traumbildern sowie die manische Angst vor übermächtigen äußeren und inneren Feinden.

Von 1867-1918 bekamen die Führungsgruppen der ungarischen Gesellschaft wieder eine privilegierte Stellung im Rahmen der habsburgischen Doppelmonarchie Österreich-Ungarn. Diese "Eliten" waren nach innen - gegenüber nicht ungarischsprachigen Gruppen, die mehr als die Hälfte der Bevölkerung im ungarischen Reichsteil ausmachten - und nach außen - in der imperialistischen Mächtekonkurrenz - ausgesprochen aggressiv. Nach dem Desaster der Weltkriegsniederlage von 1918 und einem blutig niedergeschlagenen linken Revolutionsversuch 1919 behaupteten die traditionellen Führungsgruppen (adlige Grundbesitzer, Offizierskaste, Bürokratie, Großbürgertum) ihre Herrschaft und strebten nach Kriegsrevanche im Bündnis mit Deutschland, während faschistische Bewegungen massenhaften Anhang bekamen.

Auch der II. Weltkrieg endete 1944/45 für den ungarischen Nationalismus im Desaster. Die siegreiche Sowjetunion installierte in Ungarn ein staatssozialistisches Vasallenregime. Ein teilweise nationalistischer und antikommunistischer Aufstand wurde 1956 von den Sowjets blutig unterdrückt. Das danach für viele Jahre herrschende Regime von János Kádár war zwar moskautreu, eröffnete aber dem ungarischen Chauvinismus bestimmte Spielräume, zum Beispiel im Bildungswesen, und war unterschwellig von ihm geprägt. So wurde die Diskriminierung der sogenannten "Zigeuner" fortgesetzt. Seit dem Systemwechsel vor über 20 Jahren können sich Nationalismus, Antisemitismus und Antiziganismus wieder ungehemmt Bahn brechen.

Das Ergebnis beider Weltkriege und die vergleichsweise nachrangige Stellung Ungarns im Staatensystem von 1918 bis heute stellen eine ungeheure Demütigung für den ungarischen Nationalismus dar und führten zu seiner Radikalisierung. Die Art, in der die Vergangenheit diese Gesellschaft im Griff hat, macht Ungarn zum Sonderfall. Antifaschistische und emanzipatorische Kräfte sind in einer krassen Minderheiten- und Außenseiterposition.

Die Länder, in denen der Faschismus in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen auffällig günstige Bedingungen fand, waren alles solche, deren Nationalisten sich vor und vor allem

nach dem Ersten Weltkrieg besonders gekränkt, bedroht und zurückgesetzt fühlten: Deutschland, Italien, Rumänien und Ungarn. Wie der Fall Ungarn zeigt, müssen derartige Zusammenhänge auch heute noch bei der Analyse faschistischer Gefährdungen berücksichtigt werden.

Thomas Schmidinger geht in seinem Text über *"Rechtsextremismus und autoritären Etatismus"* der Frage nach, *"warum der neue Rechtsextremismus keine faschistische Herrschaft hervorbringt und trotzdem die Demokratie aushöhlt"*. Ausgangspunkt der Untersuchung sind Österreich und die „Freiheitliche Partei Österreichs“ (FPÖ). Deren Erfolge verdanken sich laut Schmidinger nur zum Teil speziellen österreichischen Voraussetzungen. Wie Deutschland war Österreich zutiefst nazifiziert. Bis heute prägen Schuldabwehr, Obergewalt und völkisches Gemeinschaftsdenken die Mentalität und den politischen Diskurs. Ergänzt wäre, dass es auch die jahrzehntelange Herrschaft der beiden großen Volks- und Staatsparteien ÖVP und SPÖ samt des dazugehörigen Klientelsystems den extrem Rechten ermöglichte, sich wirksam als Protestpartei und politische Alternative in Szene zu setzen. Nach Schmidinger hat sich die parlamentarische extreme Rechte Österreichs erfolgreich ideologisch modernisieren können. Der in diesem Lager lange vorherrschende großdeutsche Nationalismus wurde weitgehend durch eine Betonung der österreichischen Identität ersetzt. Außerdem wurde "Europa" zu einem wichtigen Bezugspunkt, und zwar in sehr zwiespältiger Weise: Einerseits wird Stimmung gegen die EU und ihre Bürokratie gemacht, andererseits eine gemeinsame europäische Identität gegenüber Migrant/innen aus muslimisch geprägten Ländern beschworen.

Die Loslösung bzw. Modifizierung von klassischen, nationalistisch-faschistischen Ideologemen zugunsten regionaler und europäischer Bezugsrahmen und Identitäten scheint, so wäre im Anschluss an Schmidinger zu vermuten, auch in anderen Ländern und nicht nur in Österreich zu den Erfolgsrezepten extrem rechter Parteien zu gehören. Ebenso ist antimuslimischer Rassismus vielerorts in Europa zu einem Kernthema der Rechten geworden.

Der wichtigste Teil der Analyse Schmidingers besteht darin, eine gesamtgesellschaftliche und gesamteuropäische Entwicklungstendenz zu beschreiben: Im Unterschied zum klassischen Faschismus streben die mehr oder weniger neuen rechtspopulistischen Parteien der extremen europäischen Rechten keine totalitäre Diktatur an, sondern akzeptieren den Parlamentarismus. Häufig schreiben sie die Forderung nach einer größeren Rolle von Volksabstimmungen und nach der Direktwahl wichtiger Entscheidungsträger/innen auf ihre Fahnen. Was sie anstreben, ist jedoch keine Stärkung demokratischer Kultur. Ganz im Gegenteil geht es ihnen um die Mobilisierung des "gesunden Volksempfindens", einer "schweigenden Mehrheit" gegen innere Feinde, also vermeintlich unproduktive und schädliche Teile der Gesellschaft wie Migrant/innen und Arme, und äußere Feinde - die Institutionen der EU oder auch das internationale Finanzkapital bzw. "die Spekulanten". In der Hetze gegen die vermeintliche „Islamisierung“ kann die Angst vor inneren und äußeren Feinden verschmolzen werden.

Die oft von charismatischen Führungspersonlichkeiten (Wilders, Bossi, Haider, Le Pen) geprägten extrem rechten Parteien streben letztlich danach, das parlamentarische System unter Beibehaltung eines Großteils seiner Institutionen in eine autoritäre, plebiszitär gestützte Herrschaft umzuwandeln. In einigen Ländern Europas und so auch in Österreich könnten diese Parteien zur stärksten Kraft im politischen System zu werden.

Dies umso mehr, als die Demokratie auch noch von anderer Seite ausgehöhlt wird: Von den Führungen der etablierten Parteien und von den Spitzen der Staatsapparate selbst. So fasst der marxistische Theoretiker Nicos Poulantzas unter dem Begriff "autoritärer Etatismus" eine Tendenz, wonach die Führungspersonen der regierenden demokratischen Parteien mit der Hochbürokratie zu einem herrschenden Block verschmelzen, der die eigentlich vorgesehenen Mechanismen politischer Willensbildung aushebelt. Anstatt dass in großen demokratischen Parteien politische Agenden diskutiert, beschlossen und dann in Regierungskoalitionen zumindest teilweise durchgesetzt werden, verkommen die Parteien zu reinen Mehrheitsbeschaf-

fern für die Regierungen, die ihre Agenden aus technokratischen Erwägungen heraus (und in enger Abstimmung mit den Vertretern des großen Kapitals) selbst beschließen. Anders als viele Linke befürchte(te)n, läuft diese Entwicklung nicht auf einen allmächtigen, allgegenwärtigen, alles überwachenden Staatsmoloch hinaus, sondern geht mit dem Rückzug des Staates aus vielen Bereichen und der Privatisierung vieler seiner Aufgaben einher.

Schmidinger weist darauf hin, dass Poulantzas Diagnose gewisse Ähnlichkeiten mit dem Konzept der "Postdemokratie" von Colin Crouch hat. Dieser meint, dass die Auslagerung staatlicher Aufgaben in die Privatwirtschaft zunehmend die Gestaltungs- und Handlungsspielräume der demokratisch legitimierten Institutionen einengt. Hinzuzufügen wäre noch, dass auch Parallelen zu den Gedanken des Johannes Agnoli in seiner Schrift "Transformation der Demokratie" von 1967 bestehen. Hier geht es um die ständig zunehmende inhaltliche Angleichung der Programmatik und Ideologie der großen Parteien, die mehr und mehr zu einem einheitlichen Block verschmelzen, der die Erfordernisse des kapitalistischen Sachzwangs auf "postideologische" Weise technokratisch verwaltet.

Die aktuellen politischen Reaktionen auf Finanz-, Wirtschafts-, Euro- und Schuldenkrisen verdeutlichen die Funktionsweise des "autoritären Etatismus". Weitreichende Entscheidungen werden nach Lage auf den Finanzmärkten (die in der politischen Sprache mittlerweile als eigenständig denkende und handelnde Person und als Vorgesetzte der Regierungen erscheinen) von Vertretern des Großkapitals und Spitzenpolitiker/innen in kleinstem Kreis getroffen. Politische Diskussionen oder gar Entscheidungen der Basis der herrschenden Parteien, von den Bevölkerungen ganz zu schweigen, sind unerwünscht. Von "Alternativlosigkeit" und "marktkonformer Demokratie" ist die Rede. Schmidinger arbeitet gut heraus, dass sich die Regierungstechnik zunehmend darin erschöpft, Zustimmung zu den als unvermeidlich geltenden Krisenmaßnahmen zu erzeugen, wobei mittlerweile ein erheblicher Teil der Wirtschaftsleistung zur Stützung des maroden Finanz- und Währungssystems aufgewendet werden muss.

Schmidingers Beitrag mündet in einer düsteren Voraussicht. Angesichts der Herausforderungen, die noch zusätzlich zur kapitalistischen Krise auf die europäischen Staaten zukommen - Migrationsbewegungen, Klimaveränderungen, Umweltkatastrophen, Kriege - und angesichts des Fehlens interventionsfähiger emanzipatorischer Bewegungen in Europa werden aller Wahrscheinlichkeit nach Rassismus, Sexismus, Homophobie, Nationalismus und Sozialdarwinismus diejenigen ideologischen Ressourcen sein, die bei den bevorstehenden Verteilungskämpfen ins Spiel kommen. Es gibt keine starke linke Bewegung in Europa, welche die Frage der Verteilung des Reichtums als Frage politischer Macht und Klassenherrschaft stellen könnte. Weil eine starke Linke fehlt - so Schmidinger - benötigen weder die herrschende Politik noch die extrem rechten Parteien, die sich bereit machen, die Früchte der Krise zu ernten, eine diktatorische Herrschaft im Stile der historischen Faschismen. Eine Kombination aus den Techniken des "autoritären Etatismus" und der modernisierten, populistischen, charismatischen Rechten dürfte ausreichen. Die Verlaufsform einer solchen Herrschaft wäre laut Schmidinger eine ständige Mobilisierung gegen innere und äußere Feinde wie verschiedene Minderheiten und konkurrierende Staaten inner- sowie außerhalb der EU.

Thomas Schmidinger hat einen sehr anregenden Beitrag zur Diskussion über den aktuellen Rechtspopulismus geschrieben. Bei zwei Punkten wären aber Bedenken anzumelden: Der erste betrifft die Rolle, die Schmidinger dem Fehlen einer linken Gegenmacht zuschreibt. Er reproduziert hier eine klassische linke Sichtweise, die den Faschismus in erster Linie als Reaktion auf eine revolutionäre Linke Herausforderung begreift. Das ist schon von der historischen Erfahrung der 1930-er Jahre her zweifelhaft, da der Faschismus auch in Ländern ohne starke Arbeiterbewegung und Linke wie Ungarn oder Rumänien hochkam. Überdies verkennt diese Deutung den Charakter der faschistischen Ideologie. Faschisten hängen fanatisch den Ideologien menschlicher Ungleichwertigkeit an und verfolgen ein bestimmtes, elitär-hierarchisches und militaristisches Gemeinschaftsideal. Deswegen nehmen sie sich, sollte eine starke Linke

fehlen, einen anderen Gegner vor: Den Liberalismus und Parlamentarismus, die Homosexuellen, die Frauenrechte und so fort.

Schmidinger hat Recht, wenn er den „autoritären Etatismus“ und den plebiszitär-charismatischen Rechtspopulismus als kurz- bis mittelfristige Gefahr ausmacht und auf die Unterschiede zwischen diesen und der klassischen faschistischen Herrschaft hinweist. Doch könnte sich die von ihm beschriebene autoritäre Formierung genau als das Vorspiel zu einem neuen Aufschwung der Faschismen herausstellen.

Der zweite Einwand betrifft die erzählerische Grundstruktur, die sowohl das Konzept des "autoritären Etatismus" als auch das von "Postdemokratie" kennzeichnet. Automatisch taucht die Frage auf, wann denn die bürgerliche Demokratie einmal nicht zumindest tendenziell autoritär bzw. "postdemokratisch" gewesen sein soll. Der "Ausnahmestaat"(Schmidinger) schaut dem bürgerlich-demokratischen Staat doch ohnehin aus jedem Knopfloch und kann jederzeit aktiviert werden.

In dem kurzen Text *"Pathologische Tendenzen im russischen Neoeurasismus"* von *Andreas Umland* geht es um die *"Bedeutung des Aufstiegs Aleksandr Dugins für die westliche Russlandinterpretation"*. Anhand älterer Zitate (Seitdem er zur Prominenz gehört, hält sich Dugin mit offen faschistischen Äußerungen etwas zurück.) weist Umland schlüssig nach, dass es sich bei Dugin um einen lupenreinen Faschisten mit starken Sympathien für den Nazismus handelt. Umso besorgniserregender, dass er besten Zugang zum russischen Establishment und zu Massenmedien hat. Schließlich bespricht Umland kurz die 2007 erschienene Dissertation von Alexander Höllenwerth über Dugin. Besonders hebt Umland hervor, dass Höllenwerth im Unterschied zu vielen anderen westlichen Russland-Interpret/innen die Gedankenwelt der russischen "eurasischen" Faschisten nicht von vornherein polemisch oder sarkastisch abqualifiziert, sondern sie zunächst ernst nimmt, sich auf sie einlässt, bevor er sie aus einem demokratischen und humanistischen Blickwinkel grundlegend kritisiert.

Ein solches Sich-Einlassen auf die menschenverachtenden und oft genug abseitigen faschistischen Denkwelten haben auch Theoretiker wie Zeev Sternhell oder Roger Griffin immer wieder eingefordert. Seine Wichtigkeit kann nicht genug betont werden. Es ist die erste Voraussetzung einer Kritik der faschistischen Ideologie und Praxis. Allzu oft wird der Faschismus als bloße Demagogie oder geistige Verirrung abgetan. Dies verleitet dazu, seine Dynamik und Gefährlichkeit zu verkennen. Wie die meisten anderen politischen Akteure sind auch Faschisten normalerweise subjektiv ehrlich darum bemüht, auf die von ihnen empfundenen und ausgedeuteten gesellschaftlichen Probleme eine Antwort zu geben. Auf dem Boden ihrer menschenverachtenden Denkvoraussetzungen sind sie dabei teilweise durchaus zu konsequenten ideologischen und strategischen Folgerungen fähig. Dies anzuerkennen, ist eine der wichtigsten Bedingungen für die Entwicklung einer antifaschistischen Strategie.

Wenn Umland am Ende seines Beitrags meint: "Pathetisch formuliert, ist das heutige Russland [...] ein etwas anderes, als wir es bisher kannten.", so klingt dieser Satz fast verharmlosend. Wie in anderen osteuropäischen Ländern - oben war schon von Ungarn die Rede - herrscht auch in Russland ein völkisch-nationalistischer Mainstream, während emanzipatorische Gegenkräfte völlig an den Rand gedrängt sind. Der großrussische Nationalismus richtet sich besonders gegen kaukasische und zentralasiatische Minderheiten. Auch die russischen Nationalist/innen sind zutiefst betrübt über den machtpolitischen Abstieg ihres Staates seit dem Ende des Sowjetimperiums und ergehen sich im Rasonieren gegen die westliche Hegemonie. Eine faschistische Mobilmachung zur Wiedererlangung nationaler Größe hat hier also wie in Ungarn besonders gute Chancen. Das autoritäre Regime der "gelenkten Demokratie" von Putin und Konsorten hat das Potenzial gesellschaftlicher Gegenmacht weiter geschwächt. Wie wenig im Westen die Gefahr einer Faschisierung Russlands erkannt wird, zeigt die Wahrnehmung der jüngsten Protestbewegung gegen die gefälschten Parlamentswahlen, in der extrem rechte Kräfte sehr stark vertreten sind. Dazu kommt noch, dass Russland im Gegen-

satz zum kleinen Ungarn oder Österreich wirklich die Möglichkeit hat, eine imperiale Rolle in der Welt zu spielen. Genau das spiegelt sich in der Eurasien-Konzeption russischer Faschisten wie Dugin wider.

"Transnationale Kooperationen"

Um mehr oder weniger tragfähige modernisierte Konzeptionen des Faschismus dreht sich *Christian Dietrichs* Beitrag **"Zwischen Nation und Europa. Internationale Projekte und (Neo)faschistische Netzwerke in Europa."** Faktenreich werden die vielfältigen Kooperationsversuche extrem rechter Gruppierungen im Rahmen von Demonstrationen, Konferenzen und organisatorischen Verknüpfungen nachgezeichnet. Ein Schwerpunkt liegt auf den bisher gescheiterten Versuchen, eine gemeinsame Fraktion im europäischen Parlament zu gründen. Dabei unterläuft Christian Dietrich vielleicht ein Fehler: Zumindest laut Wikipedia war die extrem rechte Politikerin Alessandra Mussolini, eine Enkelin des ehemaligen italienischen Faschistenführers, nicht wie vom Autor behauptet Pornodarstellerin, sondern ließ sich lediglich einmal für das Magazin "Playboy" ablichten. Davon abgesehen fragt sich, welchen Erkenntnisgewinn dieser Hinweis auf ihre Vergangenheit bringen soll.

Dietrich beleuchtet den Europa-Mythos, der mittlerweile zum Gemeingut der extremen Rechten geworden ist. Schon der historische Italofaschismus und der Nazismus bedienten sich seiner. Eine besondere Rolle in heutigen faschistischen Legenden spielen die Freiwilligendivisionen der Waffen-SS. Der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion wurde als europäischer Einigungskrieg gegen den Bolschewismus verkauft. Abseits dieser Propaganda blieb aber letztlich immer der nationale Egoismus ausschlaggebend.

Deutlich wird, dass die angestrebte "Internationale der Nationalisten" bislang an überkommenen Rivalitäten und Empfindlichkeiten scheitert. Trotzdem hält Christian Dietrich diese europäischen Annäherungsversuche zu Recht für sehr gefährlich. In der Tat meint der Rezensent, dass der Erfolg oder Misserfolg dieser europäisch-faschistischen Identitätskonstruktion über die Zukunft des Faschismus in Europa entscheiden wird. Wenn eine wesentliche Dimension des Faschismus darin besteht, auf die durch die internationale Wirtschafts- und Machtkonkurrenz aufgeworfenen Probleme eine vermeintlich schlüssige imperialistische und militaristische Antwort zu geben, dann haben die faschistischen Träume nur dann den Hauch einer Chance zu ihrer Verwirklichung, wenn sich die europäischen Faschismen vereinigen. Verharren sie jedoch in der überkommenen ideologischen Kleinstaaterei, dann haben sie in der heutigen globalisierten Welt gegenüber Machtgiganten wie den USA, China oder Indien von vornherein und offenkundig verloren. Konzepte wie "Nation Europa" oder "Eurasien" eröffnen zumindest der Möglichkeit nach imperiale Aussichten. Hoffentlich stehen sich die europäischen Faschisten bei diesem Projekt noch sehr lange gegenseitig selbst im Wege.

Nahezu jede Zeile aus *Matthew Feldman's* Text **„Hate globally, act locally. A case study of Universal Nazism online.“**³ lässt an die 2010 entdeckte Terrorzelle "Nationalsozialistischer Untergrund" (NSU) aus Thüringen und ihre beispiellose Mordserie denken. Das Fallbeispiel Feldman's ist jedoch die britische Neonazi-Gruppierung „Aryan Strike Force“ („Arische Einsatztruppe“), deren Führungspersonen 2009 und 2010 zu Haftstrafen verurteilt wurden.

„Universellen Nazismus“ nennt Feldman eine global vernetzte, besonders in Nordamerika und Europa vorhandene Szene fanatischer, terroristisch orientierter Neonazis. Die organisatorischen Wurzeln verfolgt der Autor bis in die 1960-er Jahre zurück. In Anlehnung an Roger Griffin beschreibt Feldman das Strukturprinzip dieser Strömung als „groupuscule“. Es handelt sich um zahlenmäßig schwache Gruppierungen, die häufig wenig organisatorische Kontinuität besitzen, sondern sich ständig auflösen, spalten, wieder vereinigen und neu gründen.

³ Auf deutsch: „Global hassen, lokal handeln. Eine Fallstudie des Universellen Nazismus im Internet.“

Diese „*groupuscules*“ verzichten von vornherein auf den Versuch parlamentarischer Einflussnahme, sondern setzen auf die dezentrale Bildung paramilitärischer Zellen. Von den meisten extrem rechten Parteien unterscheidet sie, dass ihre zentrale Bezugsgröße kein Nationalstaat, sondern die angebliche „arische“ oder „weiße“ „Rasse“. Ihr Ansatz ist also global. Das Internet ist das geeignetste Medium ihrer Selbstinszenierung und Kommunikation.

Feldman bringt viele Zitate, die einen Einblick in die krankhafte Gefühls- und Vorstellungswelt dieser Naziterroristen gewähren und die gleich lautend auch von deutschen Neonazis stammen könnten. Der extreme Nazi-Traditionalismus und Blutdurst dieser Strömung des internationalen Faschismus macht es wenig wahrscheinlich, dass sie jemals größeren politischen Einfluss erlangen wird. Doch im Hinblick auf Morde und Anschläge geht von solchen Strukturen die größte aktuelle Gefahr aus. Was das Heimatschutz-Ministerium der USA 2009 verlauten ließ, dass nämlich „*lone wolves and terrorist cells embracing violent rightwing extremist ideology are the most dangerous domestic terrorism threat in the United States*“⁴, gilt auch für Deutschland und andere europäische Länder. Die Thüringer Nazi-Mörder der NSU kamen aus dem Dunstkreis von „Blood & Honour“ („Blut und Ehre“), einem der bedeutendsten Netzwerke des „Universellen Nazismus“. Weder ideologisch noch in ihrer Struktur des „*groupuscule*“ unterschieden sich die deutschen Neonazi-Terroristen von denen in Feldman's Beitrag.

Mathias Wörsching
faschismustheorie.de

⁴ „Einzelgänger und terroristische Zellen, die einer gewalttätigen rechtsextremistischen Ideologie anhängen, sind die gefährlichste inländische terroristische Bedrohung in den Vereinigten Staaten“